

Offene Einrichtungen statt effektiver Pandemiebekämpfung: Den Fachkräften reicht´s Offener Brief und Perspektivplan von ver.di an Landesregierung übergeben

Frankfurt, 10. Februar 2021. Der Druck Bildungs- und Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche wieder komplett zu öffnen wird größer. Doch es fehlt an verlässlichen, verbindlichen Kriterien für einen sicheren Einrichtungsbetrieb. Auch die Impfpriorität des pädagogischen Personals wurde vom Bund bisher nicht erhöht. Einzig der Personenkreis wurde auf Druck von ver.di ausgeweitet.

Die Kolleg*innen aus den hessischen Einrichtungen stört besonders, dass Kitas und andere Einrichtungen als geschlossen gelten. Dabei gibt es Einrichtungen mit einer Auslastung von über 90%. Insbesondere im U3-Bereich. Zudem gibt es immer wieder Konflikte, wenn die Kinderzahl verringert oder die Öffnungszeiten eingeschränkt werden sollen z. B. um feste Gruppen in der Betreuung gewährleisten zu können. Denn die Entscheidung, ob Kinder in den Kitas betreut werden, wird in Hessen einfach auf die Eltern abgeschoben. Aber was sollen Eltern tun, wenn ihr Arbeitgeber auf ihre Präsenz im Betrieb besteht mit dem Hinweis, dass die Kitas ja offen sind? Die politisch Verantwortlichen auf Landesebene übernehmen hier leider keinerlei Verantwortung. Und die Lage in den Einrichtungen spitzt sich zu. Die britische Corona-Mutation wurde bereits in einer Frankfurter Kita nachgewiesen.

Deswegen hat ver.di Hessen eine politische Offensive gestartet, um verbindliche Kriterien, besseren Gesundheitsschutz und längerfristige Perspektiven für den sicheren Einrichtungsbetrieb bei der Landespolitik in Wiesbaden einzufordern. Hierzu hat ver.di einen Perspektivplan vorgelegt, der u. a. vorsieht, den Einrichtungsbetrieb von Inzidenzen in der Region und dem Infektionsgeschehen in der Einrichtung abhängig zu machen. Auch muss der Gesundheitsschutz verstärkt und ein Hygiene-Maßnahmenpaket in allen Einrichtungen umgesetzt werden. Bei letzterem steht im Fokus flächendeckend einen besseren Schutzstandard für Beschäftigte umzusetzen: früher impfen, mehr und schneller testen, mehr Quarantäne, mehr Masken, getrennte Gruppen, eingeschränkte Öffnungszeiten, mehr Home-Office, weniger Kurzarbeit.

Dr. Kristin Ideler, Gewerkschaftssekretärin bei ver.di Hessen resümiert: „Effektive Pandemiebekämpfung in sozialen Einrichtungen heißt: klare Rahmenbedingungen als Schutz für Beschäftigte, Kinder, Jugendliche und Eltern und somit letztendlich für die gesamte Bevölkerung zu schaffen.“

Die ver.di Forderungen von ver.di werden auch durch die Stimmen von Fachkräften aus der Praxis bekräftigt.

Vera Reinbold, Erzieher*in und Personalrätin bei der Stadt Kassel berichtet: „Die Kolleg*innen in den Kitas sind verunsichert und verärgert über die Corona-Verfügung des Landes hinsichtlich der Kinderbetreuung. Es wird im Grunde gar nichts geregelt und die Beschäftigten, aber auch die Eltern werden allein gelassen. Bei dieser Regelöffnung durch die Hintertür werden Erzieher*innen zu Bittsteller*innen und Einrichtungsleitungen zu Prellböcken. Das Verhältnis zwischen Eltern und

pädagogischen Fachkräften wird auf eine harte Probe gestellt. Deutlich herauszuheben ist, dass es den Kolleg*innen nicht darum geht, die Einrichtungen zu schließen. Im Gegenteil – das Kindeswohl und die Unterstützung der Familien ist ihnen ein großes Anliegen. Um das sicherstellen zu können, sind klare Kriterien wichtig. Wenn es wirklich der politische Wille ist, dass auch in Pandemiezeiten Bildung, Betreuung und Kindeswohl einen hohen Stellenwert haben, muss hier schnellstens eine Korrektur vorgenommen werden. Besonders auch im Hinblick auf die mutierten Formen des Virus, der uns erreicht hat.“

Ulrike Bräutigam, Kita-Leitung und stellv. Personalratsvorsitzende beim Eigenbetrieb Kindertagesstätten der Stadt Hanau ergänzt: „Ich habe über 30 Jahre in dem Beruf gearbeitet und finde den Offenen Brief der ver.di Interessenvertretungen aus zwei Gründen wichtig: zum einen brauchen wir die Betreuung für die Familien und Kinder vor Ort und nicht digital aber mit anständigem Gesundheitsschutz, zum anderen ist es auch hier wieder eine Frauenfrage. Die Kolleg*innen sollen Arbeitsleistung erbringen ohne dass andererseits eine anständige Gesundheitsleistung in Form von z.B. einer frühzeitigen Impfung und einer umfassenden Teststrategie erbracht wird. Es wird sich hier wieder mal ganz auf das sogenannte soziale Gewissen verlassen, das besonders Menschen in dieser Berufssparte zu eigen ist.“

Claudia Metzler, Erzieher*in im Schulkinderhaus in Hattersheim und Personalrätin führt aus: „In der Schukindbetreuung sind wir immer abhängig von der Organisationsstruktur der Schule. Die Schulen bekommen meist eindeutige Vorgaben z. B. Wechselunterricht mit verringerter Anzahl in den Klassen. Hier im Schulkinderhaus können jedoch wieder alle auf einmal in die Betreuung kommen. Abstände können dann nicht eingehalten werden, vor Ort muss dann wieder neu organisiert und geplant werden. Das ist viel Aufwand und erschwert den Schutz der Beschäftigten. Aus Empfehlungen müssen daher feste Regularien erstellt werden, damit wir verbindliche Vorgaben haben mit denen gearbeitet werden kann.“

Aydan Fazilet Karakas-Blutte, Sozialarbeiterin und Gesamtpersonalratsvorsitzende der Stadt Kassel informiert zur Situation der Sozialarbeitenden: „Jugendhäuser sind geöffnet, in den Wohngruppen wird 24-Stunden am Tag mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet, Tagesgruppen haben ähnliche Bedingungen wie Kitas und Horte und die Beschäftigten des Allgemeinen Sozialen Dienstes sind in den Wohnungen ihrer Klient*innen unterwegs. Auch hier findet eine hohe Anzahl von Kontakten statt, die man sich privat nicht leisten würde. Gerade Sozialarbeiter*innen fangen in diesen Tagen unter erschwerten Bedingungen leise und nicht für jeden sichtbar, die Sorgen der Menschen auf und stehen für Kindeswohl, Betreuung und Hilfestellung in den Familien ein. Sie sorgen für einen Gesundheitsschutz ganz anderer Art in unserer Gesellschaft und setzen sich dabei ohne Impfung selbst einem hohen Risiko aus.“

Michaela Gringmuth-Endraß, Initiatorin der Erzieher*innen-Petition und Dr. Kristin Ideler von ver.di fassen ihr gemeinsam an die Landespolitik formuliertes Anliegen zusammen: „Wir fordern gemeinsam, dass die Realität in den Kitas, der Schulbetreuung und den Jugendhilfeeinrichtungen endlich von der Landespolitik wahrgenommen und entsprechende Maßnahmen umgesetzt werden, um angemessenen Schutz zu erfahren und gleichzeitig in eingeschränktem Maß den Einrichtungsbesuch nach klaren Kriterien zu ermöglichen.“